

# DIE WELTWOCHHE

Wirtschaft

## Wohlstands-Schizophrenie

Im glücklichsten Land der Welt herrscht der Irrglaube, alles besser zu wissen. Wir setzen damit nicht nur unsere persönliche Freiheit, sondern auch unseren Wohlstand aufs Spiel.

Von Silvio Borner



Silvio Borner

Fast alle geben heute vor, «liberal» zu sein. Trotzdem sind politische Marktverzerrungen und Freiheitsbeschränkungen gewaltig auf dem Vormarsch. Es wimmelt nur so von Bindestrich-Liberalen wie Grün-Liberalen, Sozial-Liberalen, Links-Liberalen, die vor allem das sind, was vor dem Bindestrich steht. Die wenig verbliebenen echten Liberalen werden als Erz-liberale, Liberal-konservative, Neoliberalen und sogar in diesem Blatt als «Klischee-Liberalen» in die exotische Ecke gestellt. Die Politik will die Marktergebnisse sozial verbessern und den Einzelnen vor Ausbeutung durch andere, aber auch vor sich selber schützen.

Hinter all dem stecken ein gesellschaftlicher Wertewandel sowie eine zunehmende Polarisierung im politischen System. Wir setzen damit nicht nur unsere persönliche Freiheit, sondern auch unseren Wohlstand aufs Spiel. Gemäss WEF-Indikator sind wir bezüglich Wettbewerbsfähigkeit an der Spitze, und gemäss neuestem «World Happiness Report» der Uno sind wir die glücklichsten Menschen der Welt. Ist meine Skepsis also nur Jammern auf höchstem Niveau oder ein berechtigtes Unbehagen? Ich erkenne zwei klare Trends zu einer wachsenden politischen Unsicherheit.

Der erste ist die Ablösung der Konkordanz durch die Polarisierung im politischen System. Noch in den siebziger Jahren haben die bürgerlichen Bundesratsparteien bei Volksabstimmungen zu neunzig Prozent gleichlautende Parolen abgegeben. In der jetzigen Legislaturperiode ist dieser Prozentsatz auf weniger als die Hälfte gesunken. Die einzige Nichtabweicher-Partei ist die FDP. Die SP hat schon früher bei etwa der Hälfte der Abstimmungen für die Opposition plädiert. In der laufenden Legislaturperiode hat die SVP ein ähnliches Oppositionsniveau erreicht. Die Polarisierung ist somit perfekt.

Verzicht ersetzt den Fortschritt

Das Problem lässt sich jedoch nicht primär auf die direkte Demokratie, sondern auf Parlament und Bundesrat zurückführen. Vor allem rot-grüne Initiativen werden vom Volk wie eh und je wuchtig abgelehnt. Schlimmer sind deshalb die unnötigen Gegenvorschläge des Bundesrats wie im Falle der «Ernährungssicherheit» oder der «grünen Wirtschaft», aber mehr noch die internen parlamentarischen Vorstösse. Trotz der bürgerlichen Volksentscheide operieren Bundesrat und Parlament immer mehr links der Mitte. Der Grund ist einfach: Die neue Mitte im Parlament von CVP, BDP und GLP hat kein eigenes Profil und unterstützt immer mehr gemeinsam oder einsam linke und grüne Anliegen. Während am linken Rand die Grünen die SP links überholt haben, versucht sich am rechten Rand die FDP krampfhaft linksliberal von der SVP abzugrenzen. Das verführt (oder zwingt) die BDP, die GLP, aber auch die CVP dazu, sich bei den Linken abzusichern. Hier kann nur eines Abhilfe schaffen: Die bürgerliche Mehrheit soll im Herbst so wählen, wie sie abstimmt. Also keine Stimme für Parteien, die mit ihren Parolen marktfreundliche Initiativen unterstützt haben.

Das zweite Phänomen bezeichne ich als Wohlstandsverwöhnung oder pointierter als Wohlstands-Schizophrenie. Wir haben wirtschaftlich fast alles erreicht und erliegen dabei dem Irrglauben, alles besser zu wissen und besser zu machen. Wachstum und Globalisierung sind nicht mehr prioritär, sondern führen zu «Dichtstress», Ungleichheit, Überfremdung oder ökologischem Untergang. Wachstums- und Technologiefeindlichkeit, aber auch Protektionismus erfassen breite Kreise. Forderungen nach Verzicht oder Genügsamkeit ersetzen Fortschritt und Effizienz. Aber wehe, wenn der Ausbau des Sozialstaates vor dem Hintergrund der demografischen Wende gebremst, der Wohnbau verdichtet oder die Studiengebühren leicht angehoben werden sollen. Dann spricht man schnell von «Sozialabbau», «Rentenklaue», Landschaftszerstörung oder Verrat an der Chancengleichheit.

Mit der Schuldenbremse haben wir das Wachstum der offiziellen Staatsausgaben in den Griff bekommen. Aber umso geschmierter läuft jetzt die Regulierungsmaschine, die dem privaten Sektor vielleicht noch grösseren Schaden zufügt als höhere Steuern, weil Kosten nicht explizit in Rechnung gestellt werden. Umgesetzt wird das alles dank naiver Staatsgläubigkeit bis weit in bürgerliche Kreise hinein. Die Hauptrolle spielt hier – dank schwachem Bundesrat und Parlament – die allmächtige Verwaltung. In immer mehr zentralen Sektoren wie Verkehr, Umwelt, Gesundheit, Bildung und, besonders ausgeprägt, Energie setzt sie die Agenda und übernimmt auch gleich das Zepter.